



Medienmitteilung

Zürich, 9. Dezember 2022

Vorschau auf die Kantonsratssitzungen vom Montag, 12.12., und Dienstag, 13.12.2022 Fokusthema: **Budget 2023**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Wahl eines neuen Mitglieds des EKZ-Verwaltungsrates in zweiter Lesung die Angleichung der rechtlichen Bestimmungen zur Ombudsperson, zum Leiter der Finanzkontrolle und zur Datenschutzbeauftragten beraten. Ebenfalls steht die zweite Lesung zum Wassergesetz an. Danach wird sich der Rat um zwei unumstrittene Vorlagen zur Elektrifizierung von Buslinien in der Stadt Zürich und zur LSI des Immobilienamts kümmern. Im Anschluss beginnt die mehrtägige Budgetdebatte, die den Abschluss des Sitzungsjahres bildet. Sollte der Rat die Budgetdebatte bis Dienstagabend nicht abschliessen können, wird sie in der kommenden Woche fortgesetzt.

Schlussabstimmung zu verwaltungsunabhängigen Stellen und zum Wassergesetz

Keine langen Debatten sind in den zweiten Lesungen zur Gleichstellung der rechtlichen Bestimmungen zur Ombudsperson, zur Leiterin oder zum Leiter der Finanzkontrolle und zur oder zum Beauftragten für den Datenschutz ([KR-Nr. 224/2022](#)) sowie zum Wassergesetz ([5596](#)) zu erwarten. In der zweiten Lesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), bevor der Rat in der Schlussabstimmung definitiv über eine Vorlage beschliessen kann. Der Kantonsrat hat in erster Lesung einerseits entschieden, dass die rechtlichen Bestimmungen der verwaltungsunabhängigen Stellen angeglichen werden sollen. Andererseits hat er nach der Niederlage einer entsprechenden Vorlage im Jahr 2019 an der Urne einen zweiten Anlauf für ein Wassergesetz genommen. Neu ist vor allem ein explizites Privatisierungsverbot der Wasserversorgung. Vor der Schlussabstimmung zum Wassergesetz muss der Rat allerdings noch über zwei Anträge zu Detailformulierungen befinden, welche die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) einerseits und SVP-Kantonsrätin Sandra Bossert andererseits nach der ersten Lesung eingereicht haben.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Einzelantrag: Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), 079 288 15 14

Elektrifizierung von Buslinien und Immobilienplanung sollen genehmigt werden

Kaum umstritten sein dürften zwei Vorlagen zu Bauthemen, welche am Montagmorgen behandelt werden. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den «Staatsbeitrag an die Elektrifizierung der Buslinien 69 und 80 in der Stadt Zürich» von maximal Fr. 12 883 700 für die Linie 69 und maximal Fr. 30 595 800 für die Linie 80 zu genehmigen ([5862](#)). Für den Staatsbeitrag ist eine Lösung der Ausgabenbremse nötig. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt einstimmig, die Langfristige, strategische Immobilienplanung LSI 2022 zu genehmigen ([5855](#)). Das Immobilienamt (IMA) erstellt die Planung jährlich und der Kantonsrat genehmigt sie gleichzeitig mit der Festlegung des Budgets und des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF).

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Aufwandüberschuss von 226 Millionen Franken im Budget 2023 beantragt

Ab dem späteren Montagmorgen bis mindestens Dienstagabend wird sich der Kantonsrat mit dem Budget 2023 beschäftigen ([5856](#)). Der Regierungsrat rechnet, inklusive der Nachträge, in der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von 18'297 Millionen Franken und einem Ertrag von 17'729 Millionen Franken beziehungsweise mit einem Saldo von minus 568 Millionen Franken. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt einen Aufwandüberschuss von 226 Millionen Franken und Investitionsausgaben von 1250 Millionen Franken. Damit fordert die FIKO gegenüber dem Antrag des Regierungsrates eine Budgetverbesserung von 342 Millionen Franken. Eine Minderheit aus Grünen und SP beantragt Ablehnung des Budgets. Im Rahmen des Budgets 2023 unterbreitet die FIKO dem Kantonsrat zudem eine Finanzmotion zur Überweisung an den Regierungsrat ([KR-Nr. 451/2022](#)). Vier der fünf im Vorjahr überwiesenen Finanzmotionen hat die FIKO derweil, gestützt auf den Bericht des Regierungsrates, abgeschrieben.

Der Ablauf der Budgetdebatte ist wie folgt geplant: Zum Auftakt gibt es eine Grundsatzdebatte, in der alle Fraktionen ihre Positionen darlegen können. Anschliessend wird zuerst die Leistungsgruppe 4950 mit den Sammelpositionen beraten, weil diese einen Einfluss auf die weitere Budgetberatung haben können. Danach werden die Anträge gemäss ihrer Reihenfolge in der Vorlage beraten. Einzige Ausnahme bilden die Leistungsgruppen der Gerichte (ab Leistungsgruppe 9030). Diese werden zu Beginn der Dienstagnachmittagssitzung behandelt, bevor der Rat die Beratung dort fortsetzt, wo er sie am Montagabend unterbrochen hat. Die Erklärungen von Kantonsrätinnen und -räten zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2023–2026 werden ebenfalls Teil der Budgetdebatte sein. Wo möglich, werden die KEF-Erklärungen gemeinsam mit den Budgetanträgen zur jeweiligen Leistungsgruppe beraten. In der Leistungsgruppe 8700 Immobilienamt unterbreitet die FIKO dem Kantonsrat zudem die erwähnte Finanzmotion zur Überweisung an den Regierungsrat. Mit diesem Instrument kann der Kantonsrat den Regierungsrat beauftragen, die Forderung einer KEF-Erklärung aus dem Vorjahr, zu welcher der Regierungsrat eine ablehnende schriftliche Stellungnahme abgegeben hat, umzusetzen. Bevor der Rat schliesslich in der Schlussabstimmung definitiv über das Budget beschliesst, findet eine «Elefantenrunde» statt, in der die Fraktionspräsidenten ihr Schlusswort halten.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Minderheit: Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich), 076 589 01 58

Personelles:

Zu Beginn der Montagvormittagssitzung steht die Wahl eines neuen Verwaltungsratsmitglieds der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) für den zurücktretenden Ernst Schibli an ([KR-Nr. 361/2022](#)). Ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist nicht zustande gekommen. Der Anspruch der SVP auf den Sitz ist aber unbestritten.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch